https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/node/252

Gen-ethischer Informationsdienst

Kurz notiert: Landwirtschaft & Lebensmittel

Wächst die Gentech-Landwirtschaft?

Nach Angaben der Biotech-Lobby-Vereinigung ISAAA ist die Fläche, die im vergangenen Jahr mit gentechnisch veränderten (gv) Nutzpflanzen bewirtschaftet wurde, zum wiederholten Male um mehr als zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Im Jahr 2003 haben Landwirte auf einer Gesamtfläche von zirka 67 Millionen Hektar gv-Soja, -Mais, -Baumwolle und eine Handvoll anderer Sorten angebaut. Sieben Millionen Bäuerinnen und Bauern sollen weltweit gv-Nutzpflanzen zum Einsatz bringen, wobei davon 85 Prozent auf kleiner Fläche in Entwicklungsländern wirtschaften. Dem Bericht zufolge habe sich die Zahl der Länder, in denen 99 Prozent der Anbaufläche liegt, von vier auf nunmehr sechs Länder erhöht. Dies sind: die USA, Argentinien, Kanada, China, Brasilien und Südafrika; zu den Top Ten zählen außerdem: Australien, Indien, Rumänien und Uruguay. Während die ISAAA davon ausgeht, dass zum Beispiel die Anbaufläche in Brasilien mit etwa drei Millionen Hektar noch zu tief angesetzt sein dürfte, werden an verschiedener Stelle Zweifel an den veröffentlichten Zahlen laut. Aaron deGrassi vom Institute of Development beispielsweise verdeutlicht: die ISAAA geht für Südafrika von einer mit gentechnisch veränderter Baumwolle bepflanzten Fläche von 100.000 Hektar aus. Demgegenüber nennt Agricultural Biotechnology in Europe, eine Vereinigung europäischer Biotech-Unternehmen und damit einer Gentechnik-kritischen Einstellung völlig unverdächtig, zwischen 3.000 und 5.000 Hektar. (www.isaaa.org, 13.01.04; gmwatch.org-news, 13.01.04, www.gmwatch.org) (pau)

Hafen für Gensoja

Brasilien plant das gentechnisch veränderte (gv) Soja, das in diesem Jahr geerntet werden wird, über einen eigenen Hafen zu verschiffen. Transportminister Anderson Adauto reagiert mit dieser Ankündigung auf einen Bann des Bundesstaates Parana, der bis 2006 den Export von gv-Soja nicht gestattet. Der Minister sieht es als seine Aufgabe an, Bedingungen zu schaffen, damit das gentechnisch veränderte Soja verschifft werden kann. In dem Hafen von Paranagua werden in diesem Jahr vermutlich eineinhalb Millionen Soja-Ladungen (LKW und Zug) verschifft. Die Haupterntezeit beginnt im Februar. Unklar ist bisher, so ein Sprecher der brasilianischen Getreide-Transporteure, “wie die [Ladungen] alle auf gentechnische Verunreinigungen getestet werden können”. Eine Untersuchung im Oktober 2003 deutete darauf hin, dass bis zu achtzig Prozent des in Paranagua verschifften Sojas gv-Soja oder mit gentechnisch veränderter Ware verunreinigtes Soja ist. Ebenso ist unklar, wie sich die rechtliche Situation in Brasilien im Weiteren entwickeln wird: Es gibt nach wie vor kein permanent gültiges Recht, das den Anbau von gentechnisch veränderten Sorten erlaubt. Vielmehr wird das gv-Soja auf Basis einer Ausnahmeregelung für das laufende Jahr angebaut. Brasilien ist der größte Soja-Exporteur der Welt, seitdem das Land die USA im vergangenen Jahr erstmals überholte. Dreißig Prozent des ökonomischen Wachstums lässt sich auf die Landwirtschaft zurückführen, deren Lobby

steigenden Einfluss verzeichnen kann. (www.newfarm.org, 01.12.03; New York Times, 01.12.03, www.nytimes.com) (pau)

Bioconfinement

Die Einschränkung des Gentransfers von gentechnisch veränderten Organismen auf ihre verwandten Arten in der Natur ist nicht leicht zu bewerkstelligen. Zu diesem Schluss kommt eine Kommission der Nationalen Akademie der Wissenschaften der USA. Die Kommission fasste verschiedene Techniken unter dem Begriff "bioconfinement" zusammen, die Zuordnung ist abhängig von der jeweiligen Organismengruppe (Pflanzen, Wirbeltiere, Insekten...). Besonderes Augenmerk legte sie auf Fische, Bäume, Gräser und Mikroorganismen. Diese Gruppen seien besonders wichtig, da sie zum Teil schon kurz vor ihrer Kommerzialisierung stehen. Die Kommission empfiehlt - unter anderem - eine Verknüpfung verschiedener Techniken, da keine für sich allein einen hundertprozentigen Schutz gewährleisten kann. Der neue Bericht war vom US-Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegeben und finanziert worden. Nach Ansicht von Gregory Jaffe, Direktor der Biotechnologie-Einheit des Zentrums für Wissenschaft im Interesse der Öffentlichkeit (Washington (DC), Center for Science in the Public Interest), ist die traurige Schlussfolgerung aus dem Bericht, dass es derzeit "keine zuverlässigen bioconfinement-Methoden gibt, die ohne weitere Forschungen kommerziell angewendet werden könnten."(PM National Academy of Science, 20.01.04, www.nationalacademies.org; Washington Post, 20.01.04) (pau)

EU-Parlament zu Koexistenz

Das Europäische Parlament hat sich im Dezember mit der Frage der Koexistenz der Landwirtschaften mit und ohne gentechnisch veränderteN Organismen befasst. In einer Entschließung fordern die Mitglieder des Europäischen Parlamentes die Europäische Kommission mit sehr deutlicher Mehrheit von 327 zu 52 - unter anderem - dazu auf die Kennzeichnung von Saatgut in der Art zu regeln, dass Verunreinigungen mit gentechnisch verändertem Material ab der technischen Nachweisgrenze zu erfolgen hat. Außerdem plädieren die Mitglieder des Parlamentes für EU-weite Regelungen für die Gewährleistung der Koexistenz. Im Sommer 2003 hatte sich die EU-Kommission entschieden, die so genannten Koexistenz-Maßnahmen nicht auf der europäischen Ebene festzuschreiben, sondern den Mitgliedsstaaten nur Vorschläge für Maßnahmen an die Hand zu geben, die rechtlich nicht verpflichtend sind. Die Mitgliedsstaaten können auf der Basis dieser Vorschläge ihrerseits rechtlich bindende Regelungen treffen. Die Festschreibung rechtlich bindender Regelungen soll nach dem Willen des Parlamentes im so genannten Mitentscheidungsverfahren beschlossen werden, bei dem das EU-Parlament und der EU-Ministerrat gemeinsam die Entscheide herbei führen. Auch sollen EU-Kommission und Mitgliedsstaaten "funktionsfähige und justiziable haftungsrechtliche Bestimmungen (...) zum Teil des Zulassungsverfahrens eines Inverkehrbringens von GVO [gentechnisch veränderten Organismen] (...) machen". Das Parlament fordert darüber hinaus, dass es nicht zu Zulassungen von gentechnisch veränderten Organismen kommt, bevor diese Regelungen in Kraft getreten sind. (Europäisches Parlament, Protokoll vom 18.12.03 - vorläufige Ausgabe, www.europarl.eu.int; siehe auch: www.saveourseeds.org) (pau)

Gv-Weizen I - USA

In einem neuen Bericht kommt der Ökonom Dr. Robert Wisner zu dem Schluss, dass eine kurzfristige Markteinführung von gentechnisch verändertem (gv) Weizen in den USA zur Gefahr erheblicher Preisverluste führt. Für den Zeitraum der nächsten zwei bis sechs Jahre kann die Einführung zu einem um dreißig bis fünfzig Prozent geringerem Export-Volumen führen. Nach Ansicht des Wissenschaftlers von der Universität Iowa ist die Frage der Einführung des gv-Weizens zu unterscheiden von der des gv-Mais und des gv-Sojas: (1) Der Sommerweizen wird zu großen Anteilen direkt als Nahrungsmittel verwendet. (2) Der Anteil des US-Marktes an der weltweiten Produktion ist deutlich kleiner als bei der gv-Mais- oder gv-Soja-Produktion. (3) Der in den USA angebaute Sommerweizen geht zu einem höheren Anteil in den Export, als

dies bei Mais der Fall ist, und ist somit viel abhängiger von den außer-amerikanischen Märkten. Der Bericht wurde veröffentlicht von der “Western Organization of Resource Councils”, die für sich in Anspruch nimmt, “so lange gegen die Einführung von gentechnisch verändertem Weizen [zu] arbeiten, bis die Fragen zu dem Markt, zu der Haftung und zu der Trennung [gentechnisch veränderter und nicht gentechnisch veränderter Produkte] gelöst sind”. Außerdem setzt sich die Organisation für die Umwelt und die Ökonomie der nördlichen Great Plains (Prärieregebiet im Westen der USA) ein. Der Bericht steht im Internet zum Download bereit: www.worc.org. (pau)

Gv-Weizen II - Kanada

Im Januar wurden widersprüchliche Medienberichte bezüglich eines etwaigen Rückzugs des kanadischen Landwirtschafts- und Ernährungsministeriums (Agriculture Canada - AgCan) aus einem Forschungs- und Entwicklungsprojekt zu gentechnisch verändertem (gv) Weizen veröffentlicht. Das Langzeitprojekt wird - seit 1997 - gemeinsam mit dem Biotechnologie-Konzern Monsanto durchgeführt, der an dem Projekt in jedem Fall auch in Zukunft festhalten wird. Der gv-Weizen ist resistent gegen das Totalherbizid Roundup, welches wie das Saatgut von Monsanto vertrieben wird. Die Sprecherin von Monsanto, Trish Jordan, sagte, der Konzern habe nach wie vor Interesse, den gentechnisch veränderten Weizen in Kanada auf den Markt zu bringen, man werde aber nicht die kanadischen Weizen-Märkte aufs Spiel setzen. Eine Kommerzialisierung stehe nicht unmittelbar bevor. (www.canoe.ca, 09.01.04, zitiert nach gmwatch.org-news; www.cropchoice.com, 14.01.04) (pau)

Gv-Weizen III - Südafrika

Nach Auskunft des African Centre for Biodiversity (ACB) plant der Biotechnologie-Konzern Monsanto die Einführung seines gentechnisch veränderten (gv) Weizens in Südafrika. Monsanto habe im Januar die Zulassung für die Einfuhr des gv-Weizens nach Südafrika beantragt. Der Konzern plant den Weizen zu mahlen, bevor dieser in die Nahrungsmittel-Produktion gehen soll. Weizen stellt in der Ernährung der südafrikanischen Bevölkerung eine wichtige Kohlehydratquelle dar. Nach Ansicht einer Sprecherin des ACB ist das Rechtssystem in Südafrika nicht im Stande, die gesundheitlichen Implikationen von gentechnisch veränderten Organismen zu prüfen. Mariam Mayet vom ACB sagte weiter, “der Import von gentechnisch verändertem Weizen (...) ist unnötig, gefährlich und sollte von der südafrikanischen Regierung (...) zurückgewiesen werden.” (PM ACB, 21.01.04, zitiert nach gmwatch.org-news) (pau)

Gv-Weizen IV - Deutschland

Das schweizerische Agrounternehmen Syngenta hat zwei Freisetzungen von gentechnisch verändertem (gv) Weizen beantragt. Die Versuche sollen im Raum Bernburg stattfinden, eine Genehmigung steht noch aus. Nach Angaben des Unternehmens trägt der Weizen einen für Pflanzen neuartigen Resistenzmechanismus, der aus natürlich vorkommenden Pilzen in den Weizen übertragen wurde. Er verleihe, so heißt es in der Pressemitteilung, der Pflanze eine hohe Widerstandsfähigkeit gegen Fusarium-Pilze. Syngenta hatte bereits für 2003 die Freisetzung von gv-Weizen geplant und hatte dafür auch eine Genehmigung des zuständigen Robert Koch-Institutes erhalten. Greenpeace-Aktivisten hatten auf der vorgesehenen Versuchsfläche Bio-Weizen ausgesät, was, nach Angaben von Syngenta, eine sinnvolle Durchführung des Versuches verunmöglichte. (PM Syngenta, 30.01.04, www.syngenta.de) (pau)

Flavr Savr auferstanden

Die gentechnisch veränderte Tomate Flavr Savr erlebte ein unrühmliches Comeback: Die Genbank Rick Center an der Universität des US-Bundesstaates Kalifornien in Davis musste im Dezember öffentlich eingestehen, dass ihre MitarbeiterInnen über einen Zeitraum von sieben Jahren aus Versehen gentechnisch veränderte Tomatensamen weltweit verschickt hatten. Insgesamt haben 34 Personen auf allen Erdteilen die

ungewünschte Fracht bekommen. Die Betroffenen hatten (anderen) Samen aus der Genbank bestellt. In zwei Fällen waren die Tomatensamen in Demonstrationsgärten ausgesät worden. Das Rick Center verfügt über mehr als 3.500 verschiedene - wilde und kultivierte - Tomaten-Varietäten. (PM des Rick Center an der Universität von Kalifornien in Davis, 18.12.03, www.news.ucdavis.edu) (pau)

Gentechnik-freie Zone Uckermark

In der Uckermark haben sich 21 Betriebe zu einer Gentech-freien Zone zusammengeschlossen. Sie bewirtschaften zirka 12.500 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Hinzu kommen weitere 35.000 Hektar Wald- und Wasserfläche. Die Betriebe aus den Bereichen Ackerbau und Tierhaltung wollen so ihre Region zuverlässig vor Verunreinigung mit gentechnisch veränderten Organismen schützen. Die Flächen liegen in den brandenburgischen Landkreisen Uckermark und Barnim. Unterstützung bekamen die Landwirte vom unabhängigen Institut für ökologische Wirtschaftsforschung. Die Beteiligten der Initiative fordern die Politik nachdrücklich auf, niedrige Schwellenwerte für die Gentechnik-Verunreinigung in ökologischem und konventionellem Saatgut zu erlassen. Die Existenz sowohl der ökologischen wie auch der konventionellen Landwirtschaft werde davon abhängen. (PM der Initiative 09.01.04) (pau)

Gentechnik-freie Zone BIO ALPE ADRIA

Die grenzüberschreitende Gentechnik-freie Zone mit dem österreichischen Bundesland Kärnten, Slovenien und der italienischen Provinz Friaul-Julisch hat einen weiteren Schritt ihrer Entwicklung gemeistert. Das so genannte Gentechnikvorsorgegesetz von Kärnten ist von der Europäischen Union (EU) nicht zurückgewiesen worden. Das geplante Gesetz musste entsprechenden Regeln der EU zufolge in Brüssel vorgelegt werden, um auf Komplikationen mit dem europäischen Recht hin überprüft zu werden (siehe auch den Artikel von Stefan Merkac in diesem Heft). (PM BIO ERNTE AUSTRIA, 23.12.03) (pau)

Vanille - mit Gentechnik produziert?

Das deutsche Biotech-Unternehmen Symrise plant mit Hilfe gentechnischer Verfahren eine preiswerte Variante des Vanille-Aromas auf den Markt zu bringen. Das Verfahren verbindet zwei Ausgangswege zu einem gemeinsamen Produktionsprozess: Als Ausgangsstoff wird ein dem Vanillin verwandter Stoff, das Eugenol, verwendet. Dieser wird mit einem Bakterium (Pseudomonas) fermentiert, das die Fähigkeit für einen speziellen Abbauweg eines anderen Bakteriums (Amycolatopsis) übertragen bekommen hat. Amycolatopsis widersteht einer entscheidenden Eigenschaft des Eugenols: es ist üblicherweise tödlich für Mikroben. Der Abbauweg unter Verwendung von Pseudomonas wird schon heute bei der Herstellung von industriellem Vanillin aus Ferulasäure eingesetzt. Der zentrale Vorteil ist der Preis des Ausgangsstoffes: Ferulasäure kostet etwa 100 Euro je Kilo, das Eugenol nur ein Zehntel davon. Natürliches Vanillin aus der Vanille kostet je Kilo mehr als 8.000 Euro. (BioMedNet, UK, 03.12.03, zitiert nach GENET-news, www.genet-info.org) (pau)

Kuhsterben durch gv-Mais?

Auf einem Hof im hessischen Wölfersheim sind in den vergangenen drei Jahren zwölf Kühe auf bisher ungeklärte Weise gestorben, weitere mussten geschlachtet werden. Es handelt sich um einen der wenigen Betriebe in Deutschland, auf denen gentechnisch veränderter Mais angebaut und an die Tiere verfüttert wurde. Der Mais (Bt176) wurde von der schweizerischen Firma Syngenta entwickelt. Er darf in Deutschland nur zu Forschungszwecken angebaut werden, die anschließende Verfütterung ist erlaubt. In Europa wird der Bt176-Mais auf etwa 20.000 bis 30.000 Hektar pro Jahr in Spanien angebaut, in den USA lief die Genehmigung 2001 aus. Nach Angaben von Greenpeace wurde nur eine Kuh - in der Pathologie in Gießen - untersucht, ohne dass eine Todesursache festgestellt werden konnte. Weitere Proben gingen an die Uni-Klinik in Göttingen, sie “verschwanden dort unter nicht geklärten Umständen.” Entsprechend sind, nach

Angaben in einem Schreiben des Regierungspräsidiums Gießen vom 21. August 2003, die Ursachen der Todesfälle nicht zu ermitteln. Untersuchungen, die der Landwirt selbst in Auftrag gegeben hatte, “ergaben Hinweise, dass sich die Körner des Genmais in den Inhaltsstoffen stärker von normalem Mais unterscheiden als bisher angenommen.” (www.greenpeace.de, 12.12.03) (pau)

Kein gv-Reis in Japan

Aufgrund öffentlichen Drucks hat sich die Regierung der japanischen Präfektur Iwate gegen die Freisetzung von gentechnisch verändertem (gv) Reis ausgesprochen und weiterhin zugesagt, dass dort keine Experimente mit gentechnisch veränderten Pflanzen im Freiland durchgeführt werden. Auf einer Versammlung waren kurz zuvor über 400.000 Unterschriften aus ganz Japan zusammen getragen worden, die an den Landwirtschaftsminister, Masakatsu Sasaki, überreicht wurden. Dieser gab daraufhin den Rückzug aus den Projekten bekannt, speziell den Abbruch eines Experiments, das bereits im vergangenen Jahr durchgeführt und für dieses Jahr genehmigt worden war. In einer Meldung der “No! GMO Campaign” heißt es weiter, das Iwate-Biotechnologie-Forschungszentrum sei nach wie vor interessiert an der Forschung mit gentechnisch verändertem Reis. Die Forschungen werden gemeinsam mit einem ehemals öffentlichen und jetzt privatisierten Unternehmen durchgeführt. Der gv-Reis soll tolerant gegen niedrige Temperaturen gemacht werden. Der Erfolg der Bürgerbewegung steht in einer Reihe mit der Verhinderung einer Freisetzung von gentechnisch verändertem Reis der Firma Monsanto im vergangenen Jahr in der japanischen Region Aichi. Nach Medienberichten hatte eine Sandwich-Kette den Verkauf ihrer Waren gestoppt, nachdem in dem Brotteig nicht zugelassene gentechnisch veränderte Enzyme gefunden worden waren. (PM der No! GMO Campaign (Japan), 01.12.04; zitiert nach GENET-news, www.genet-info.org; Japan Times, 26.10.03, zitiert nach www.blauen-institut.ch) (pau)

Bienen-Genom entschlüsselt

Nach etwa einjähriger Arbeit ist Anfang Januar das Genom der Honigbiene (Apis melifera) entschlüsselt vorgestellt worden. Es umfasst etwa ein Zehntel so viele Gene wie das Genom des Menschen. Die Entschlüsselung wurde am National Human Genome Research Institute in Houston (US-Bundesstaat Texas) durchgeführt. Insbesondere VerhaltensforscherInnen versprechen sich - wegen des ausgeklügelten sozialen Verhaltens - neue Aufschlüsse. Das Genom ist in öffentlichen Datenbanken zugänglich, zum Beispiel der GenBank und der EMBL-Bank (siehe www.ebi.ac.uk/embl). (www.wissenschaft-online.de, 08.01.04) (pau)

USA: Hormon-Milch

Der US-amerikanische Milchproduzent Oakhurst Dairy wird in Zukunft seine Milch, die nicht unter Einsatz des gentechnisch hergestellten Rinderwachstumshormons Somatotropin (rBST) produziert wurde, mit einer Aufschrift versehen, die besagt, dass die Milch sich nach Ansicht der Kontroll- und Zulassungsbehörde FDA (Food and Drug Administration) nicht wesentlich von der Milch von Kühen unterscheide, die mit rBST behandelt wurden. Oakhurst Dairy wurde im Juli letzten Jahres von Monsanto verklagt, weil seine Milch ausdrücklich als rBST-frei gekennzeichnet war. Diese Kennzeichnung impliziere, dass rBST potentiell schädlich sei, so der rBST-Hersteller Monsanto. Die beiden Kontrahenten legten ihren Streit nun bei: Oakhurst Dairy erklärte sich bereit, die oben genannte Aufschrift auf seinen Milchpackungen anzubringen, zusätzlich zu dem Hinweis auf die rBST-Freiheit. Die Verwendung von rBST ist in der EU und in Kanada verboten. (GENET-news, 05.01.04) (ts)

RBST wird knapp

Gentechnisch hergestelltes Rinderwachstumshormon (rBST - rekombinantes bovines Somatotropin) wird ab März rationiert. Wie die Herstellerfirma Monsanto in Briefen an Landwirte mitteilte, ist die Ursache für diese Unterversorgung eine Entscheidung der US-amerikanischen Aufsichtsbehörde FDA (Food and Drug

Administration), die feststellte, dass mehr Proben des Hormons die Qualitätskontrolle des Werkes nicht passieren konnten, als erwartet worden war. Das Werk, in dem die Qualitätsprobleme aufgetaucht waren, ist in Österreich und gehört zum Sandoz-Konzern. Die Proben seien nicht verkauft worden, doch müssten die Fehler in der Produktion behoben werden, was zu einem Rückgang des Outputs führe, so eine Monsanto-Sprecherin. Das Mittel ist weder in Kanada noch in Europa zugelassen, in erster Linie, weil es zu gesundheitlichen Problemen bei den Kühen kommen kann. Die Versorgung für die Farmer wird um bis zu fünfzig Prozent gekürzt und es wird erwartet, dass die Unterversorgung das ganze Jahr andauern wird. Gleichzeitig kündigte Monsanto an, es werde den Preis für das unter dem Namen Posilac vertriebene Produkt um neun Prozent erhöhen, was aber nicht in Verbindung mit dem Produktionsausfall stehe. Monsanto ist der einzige Anbieter. (New York Times, 27.01.04, www.nytimes.com) (pau)

Gv-Landwirtschaft in Großbritannien

Die beratende Behörde der britischen Regierung für die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) hat Mitte Januar ihre Interpretation der Ergebnisse der umfangreichen so genannten Farm scale evaluations (FSE) vorgelegt. Gegliedert nach den verschiedenen in den FSE untersuchten gentechnisch veränderten Nutzpflanzen empfiehlt ACRE (Advisory Committee on Releases to the Environment): (1) Für gentechnisch veränderten Herbizid-toleranten Mais sieht das Komitee keine nachteiligen Effekte im Vergleich zu den konventionellen Sorten. (2) Der Anbau von gentechnisch veränderten Rüben wird, so ACRE, nachteilige Effekte auf die Artenvielfalt von Beikräutern haben und diese nachteiligen Auswirkungen werden sich wahrscheinlich auch auf höhere Ebenen der Nahrungskette zum Beispiel auf die Bestände bestimmter Vögel niederschlagen. (3) Gleiches gilt für den Anbau von gentechnisch verändertem Sommerraps. Das Komitee weist darauf hin, dass sich die gemachten Aussagen auf die Anbauformen und Vergleiche bezieht, wie sie bei den FSE angewendet wurden und Folgen der Anwendung der Herbizide (Unkrautvernichtungsmittel) sind, und nicht als Auswirkungen der gentechnischen Veränderungen angesehen werden. ACRE ist in Großbritannien fester Bestandteil des rechtlichen Rahmens für die Freisetzung von GVO nach den Regeln der Freisetzungsrichtlinie der Europäischen Union 2001/18/EG (siehe auch den Artikel von Adrian Bebb in diesem Heft). Die vollständige Version der Interpretation ist auf der Homepage von ACRE zu finden (www.defra.gov.uk/environment/acre/fse/index.htm). (pau)

Monsanto verlässt Argentinien - wer’s glaubt ...

Der Biotechnologie-Konzern Monsanto hat nach eigenen Angaben im Dezember den Verkauf von gentechnisch verändertem Saatgut in Argentinien gestoppt. Laut Presseangaben will der Konzern damit erreichen, dass sich der Staat stärker um die Durchsetzung von Lizenz-Vorschriften kümmert. Schätzungen besagen, dass bis zu sechzig Prozent des in Argentinien ausgesäten gv-Sojas vom Schwarzmarkt stammt. Insgesamt soll in dem Land, das der weltweit drittgrößte Soja-Produzent ist, mittlerweile praktisch nur noch gentechnisch verändertes Saatgut beim Soja zum Einsatz kommen. Neben dem Verkauf des Saatgutes will Monsanto auch seine Forschungsaktivitäten in dem südamerikanischen Land stoppen, was bei den Behörden vor Ort Angst um die zaghafte Erholung der Wirtschaft aufkommen lässt. Arturo Vierheller, ein Beamter des Landwitschaftsministeriums: “Das Letzte, was du in deinem Land sehen willst, sind abgeschnittene Investitionen im Forschungsbereich. Das unterläuft die Zukunft der gesamten Landwirtschaftsentwicklung.” (www.forbes.com, 18.01.04; Reuters) (pau)

GB: Supermärkte weiter Gentechnik-frei

Ein Überblick zu Produkten aus gentechnisch veränderten Organismen in Großbritannien ergab, dass sehr wahrscheinlich auch in 2004 die Supermärkte Gentechnik-frei bleiben werden. Die Ablehnung der KonsumentInnen sei, so heißt es in dem Bericht, der unter www.gmfoodnews.com zu finden ist, weiter ungebrochen. Die Supermarktketten sagten zu keine Nahrungsmittel in ihr Programm aufzunehmen, die GVO enthalten. Zunehmend werde auch berücksichtigt, auf die Gentechnik-freie Herstellung von tierischen

Nahrungsmitteln zu achten, das heißt insbesondere kein gentechnisch verändertes Tierfutter einzusetzen. (www.gmfoodnews.com) (pau)

Strafe bei falscher Kennzeichnung

Das Bundeskabinett hat Mitte Januar den von Bundesverbraucherministerin Renate Künast vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Gentechnik und zur Änderung der Neuartigen Lebensmittel- und Lebensmittelzutaten-Verordnung beschlossen. Danach können Verstöße gegen die Kennzeichnungspflicht bei gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln mit Bußgeldern bis zu 50.000 Euro, Verstöße gegen andere grundlegende Verpflichtungen aus den EU-Verordnungen mit Haftstrafen bis zu 3 Jahren geahndet werden. (PM BMVEL, 14.01.04) (pau)

Steuerbefreit?

Der Vorsitzende der Vereinigung deutscher Biotechnologie-Unternehmen (VBU), Peter Heinrich, forderte Ende Januar in Berlin zur Stärkung der Biotechnologie-Firmen in Deutschland eine Befreiung von der Körperschaftssteuer. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit müsse gestärkt werden. (Berliner Zeitung, 23.01.04) (pau)

Gentechnik-freie Landkreise

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) schlägt dem Deutschen Bauernverband vor, in jedem Landkreis eine Gentechnik-freie Zone einzurichten. So könne man “sich für die große Mehrheit der bäuerlichen Basis” einsetzen, die “keine Gentechnik auf ihren Feldern” will. In einer Pressemitteilung der AbL wies deren Budesgeschäftsführer Georg Janssen darauf hin, dass “Bauern und Verbraucher” entscheiden werden, “was auf den Teller kommt (...) Wer auf den Gentechnikzug aufspringt, muss wissen was er tut”, so Janssen. “Er begibt sich in die Abhängigkeit der multinationalen Gentechnikkonzerne, die aber für eventuell auftretende Schäden und Risiken nicht aufkommen wollen. Die Versicherungswirtschaft weigert sich ebenfalls, die Risiken abzusichern”. (PM AbL, 23.01.04) (pau)

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 162 vom Februar 2004
Seite 19 - 22